



Presseinformation – 203/3/2016

18.03.2016
Seite 1 von 2

147 Projekte für das Städtebau-Sonderprogramm zur Integration von Flüchtlingen ausgewählt. Riesiges Interesse: etwa jede zweite Kommune in NRW hat sich beworben

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung und Verkehr teilt mit:

Durch das Städtebau-Sonderprogramm zur Integration von Flüchtlingen werden insgesamt 147 Projekte aus 100 Städten und Gemeinden in NRW mit insgesamt 72 Millionen Euro gefördert. Ende des vergangenen Jahres hatte das Stadtentwicklungsministerium das zusätzliche Programm aus Landesmitteln aufgelegt, um die Kommunen bei der Integration zu unterstützen. Etwa jede zweite nordrhein-westfälische Kommune hat sich daraufhin beworben. Eine unabhängige Expertenjury hat die Maßnahmen in dieser Woche ausgewählt. Durch die Förderung werden NRW-weit Gesamtinvestitionen mit einem Volumen von rund 100 Millionen Euro ausgelöst.

„Mich beeindruckt besonders das große ehrenamtliche Engagement, das aus vielen Anträgen deutlich wird. Ich freue mich daher, dass wir mit unserem Sonderprogramm die vielen engagierten Bürger wirkungsvoll unterstützen und stärken können“, sagte Stadtentwicklungsminister Michael Groschek anlässlich der Programmveröffentlichung. „Ebenso erfreut bin ich darüber, dass viele Städte und Gemeinden die Chancen des Sonderprogramms dazu nutzen, bestehende Begegnungsstätten und Einrichtungen, die bisher schon einen hervorragenden Beitrag zur Integration geleistet haben, zu modernisieren oder zu erweitern. Diese Projekte kommen letztlich allen Bürgern zu Gute! Und es gibt einige besondere Projekte, bei denen nicht nur Ehrenamtliche und Baufachleute aktiv werden, sondern Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Flüchtlingen selbst anpacken, um Gebäude für eine öffentliche Nutzung umzubauen: besser kann Integration kaum gelebt werden.“

Innerhalb weniger Wochen nach Bekanntgabe des Städtebau-Sonderprogramms waren im Stadtentwicklungsministerium von 184 Kommunen Förderanträge in Höhe von rund einer halben Milliarde Euro eingegangen. „Das allein zeigt, wie groß der Bedarf an derartigen Pro-

jekten ist“, sagte Groschek. „Die Qualität und Notwendigkeit vieler Förderanträge hat uns hier wirklich überzeugt. Das gilt übrigens auch für die Kommunen, die nun nicht zum Zuge gekommen sind. Wir werden versuchen, noch einige Maßnahmen ins reguläre Städtebauprogramm aufzunehmen.“

Mit dem Sonderprogramm werden beispielweise folgende Maßnahmen finanziell unterstützt:

Altena, Integrations- und Begegnungszentrum

Umbau eines leer stehenden Gebäudes zu einem Integrations- und Begegnungszentrum mit Selbsthilfebauleistungen von Flüchtlingen sowie Quartiers- und Projektmanagement und Verfügungsfonds zur Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen.

Dülmen, Entwicklung des Quartiers Haverland, miteinander - füreinander

Einrichtung eines Stadtteilbüros mit Quartiersmanagement und Verfügungsfonds zur Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen; Bau einer Skateanlage und Umbauten in der Anna-Katharina-Emmerick-Grundschule, um Raumangebote für Förderangebote zu schaffen und die Nutzungsmöglichkeit des Schulhofes zu verbessern.

Köln, „Bürgerzentrum Ehrenfeld“ und „Alte Feuerwache“

Modernisierung und Erweiterung zweier bestehender Bürgerzentren die ihre Bildungs- und interkulturellen Angebote erweitern und intensivieren werden.

Moers, Haus der interkulturellen Begegnung

Ein ehemaliges Schulgebäude wird zu einem Haus der interkulturellen Begegnung umgebaut, in dem insbesondere der bereits seit 1993 kontinuierlich in der Integrationsarbeit engagierte Verein „Der bunte Tisch Moers e.V.“ sein Angebot erweitern kann.

Minden, Ankommen in Bärenkämpfen

Einrichtung eines Stadtteiltreffs als Anlaufstelle und Treffpunkt für den Stadtteil, Quartiersmanagement und Verfügungsfonds zur Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen.

Sämtliche Projekte, die im Rahmen des Städtebau- Sonderprogramms gefördert werden, finden Sie auch im Anhang dieser Pressemitteilung unter www.mbwsv.nrw.de.

Pressekontakt: maik.grimmeck@mbwsv.nrw.de, Tel. 0211/3843-1019

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.land.nrw>